

10/11/2022

Beschluss

Einbürgerungen steigern, Willkommenskultur stärken - Das neue Landeseinbürgerungszentrum kraftvoll an den Start bringen

Einbürgerungen steigern, Willkommenskultur stärken - Das neue Landeseinbürgerungszentrum kraftvoll an den Start bringen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass bei dem im Aufbau befindlichen Landeseinbürgerungszentrum neben einem fachlich kompetenten, personell stark und vielfältig ausgestatteten Amt auch ein Schwerpunkt auf die Willkommenskultur gegenüber den Einbürgerungswilligen gelegt wird.

Das richtige politische Ziel einer deutlichen Steigerung der Einbürgerungen kann nur gelingen, wenn ein starker Servicegedanke den Geist des Amtes prägt, der Einbürgerungswilligen Wertschätzung und Unterstützung auf dem Weg zur deutschen Staatsbürgerschaft entgegenbringt und bestehende Hürden im Antragsverfahren entsprechend der rechtlichen Vorgaben im Sinne der Antragstellenden überwinden hilft. Um diese Aufstellung des Landeseinbürgerungszentrum zu gewährleisten, ist die fachliche Expertise der vom Land Berlin finanzierten Fachstelle Diversitätsorientierte Organisationsund Kompetenzentwicklung im Land Berlin (Fachstelle DOKE) zu beteiligen.

Begründung:

Die SPD Berlin hat sich als politisches Ziel gesetzt, die Einbürgerungszahlen im Land Berlin deutlich zu steigern. Dies kann nur gelingen, wenn neben der inhaltlich-fachlichen Ausrichtung des Landeseinbürgerungszentrums auch eine entsprechende Kultur das Amt prägt, die Antragstellende nicht als Bittsteller wahrnimmt, sondern die ihren Wunsch, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, positiv aufgreift und zum Erfolg führt. Das seit Jahren erfolgreich im Sinne dieser Willkommenskultur arbeitende Willkommenszentrum kann hier als Anregung dienen.

Gestellt als Antrag 108/II/2022 Einbürgerungen steigern, Willkommenskultur stärken - Das neue Landeseinbürgerungszentrum kraftvoll an den Start bringen¹ auf dem Landesparteitag 12.11.2022 Erledigt durch Beschluss des Antrags 107/II/2022